

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 80 (1986)
Heft: 1

Artikel: Warum die Armen ärmer und die Reichen reicher werden
Autor: Nyerere, Julius
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143233>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Warum die Armen ärmer und die Reichen reicher werden

Im Zeitraum von den fünfziger Jahren bis zu den frühen siebziger Jahren, in dem die Institutionen der Vereinten Nationen ihre Arbeit begonnen hatten und viele Länder der Dritten Welt die Unabhängigkeit erreichten, wuchs weltweit eine Ablehnung gegen die Armut, die den Wohlstand der Welt in Frage stellte und die als moralisch unannehmbar galt. Vor allem sollte die Kluft zwischen reichen und armen Ländern im Rahmen des Prozesses der Weltentwicklung verkleinert werden. Die meisten Industrieländer verpflichteten sich, 0,7 Prozent ihres Bruttosozialprodukts für Entwicklungshilfe in Übersee auszugeben, um die Armut zu bekämpfen.

Absichtliche Ausbeutung der Armen durch die Reichen?

Es schien auch einigen Fortschritt zu geben. Zwischen 1960 und 1973 betrug die durchschnittliche Wachstumsrate der Entwicklungsländer jährlich insgesamt 6,3 Prozent, während die der Industrieländer durchschnittlich 4,9 Prozent betrug.

In den siebziger Jahren gab es die ersten besorgten Reaktionen, als die Kluft zwischen reichen und armen Ländern grösser wurde und nicht kleiner. Dieses Erkenntnis führte zu vielen internationalen Gesprächen, Konferenzen und Untersuchungen. Aber die Kluft ist noch grösser geworden, seit Mitte der siebziger Jahre das wirtschaftliche Chaos auf der Welt zunahm. Während 1970 die Reichsten durchschnittlich 23mal so viel besaßen wie die Ärmsten, waren sie 1982 vierzigmal so reich. Das ist nur ein

weiteres Beispiel für das Gesetz, dass Reichtum weiteren Reichtum und Armut weitere Armut erzeugt. Die Reichen können es sich leisten, Forschung zu betreiben und Geld zu investieren; die Armen müssen um das bloße Überleben kämpfen. Trotz des rapiden Bevölkerungswachstums zeigen die noch immer hohen Kindersterblichkeitsraten der Entwicklungsländer die Folgen dieser Armut in menschlicher Hinsicht.

Der 1980 herausgegebene Bericht der Nord-Süd-Kommission (Brandt-Report) ging auf alle Punkte ein, analysierte sie und machte Vorschläge. Er wies auf die dringende Notwendigkeit weltweiten gemeinsamen Handelns hin, um eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Katastrophe zu vermeiden, und er betonte, dass Industrie- und Entwicklungsländer gemeinsame Interessen haben. Drei Jahre später kam ein zweiter Bericht heraus; und es hat auch viele andere Untersuchungen gegeben.

Es ist nicht länger möglich, zu glauben, dass bloße Unwissenheit die Welt davon abhält, ihre wirtschaftlichen Probleme so zu behandeln, dass die Bedürfnisse der Armen berücksichtigt werden. Ganz im Gegenteil, es gibt Anlass zu fragen, ob die gegenwärtige Einstellung nicht eine absichtliche Ausbeutung der Armen durch die Reichen beinhaltet.

Indem ich diese Frage stelle, möchte ich die grundlegenden humanitären Gefühle der Völker der entwickelten Länder nicht bestreiten. Ihre grossmütige Reaktion auf die Hungersnot in Afrika zeigt, dass sie sich um den Wohlstand eines Volkes, das sie nie gesehen haben

und von dessen Kultur und nationalen Problemen sie ebensowenig verstehen wie von den Mechanismen des internationalen Wirtschaftssystems, Sorgen machen. In bin jedoch der Meinung, dass die Mehrheit der Regierungen der Industrieländer – und auf jeden Fall die der mächtigsten – dem Internationalismus den Rücken zugewendet haben und mit Absicht ihre wirtschaftliche Macht benutzen, um die Dritte Welt zu kontrollieren und auszubeuten. Dies ist eine schwerwiegende Anschuldigung. Ich glaube aber, dass es dafür Beweise gibt.

Nachdem der Bericht der Brandt-Kommission herausgekommen war, organisierten die Präsidenten Österreichs und Mexikos ein kleines Gipfeltreffen in Cancún. Industrie- und Drittweltländer waren dort vertreten, um sich mögliche Aktionen gegen die im Bericht beschriebenen Probleme zu überlegen. Das Treffen blieb erfolglos.

Das mächtigste Industrieland war nicht bereit, sich an irgendeiner gemeinsamen Aktion zu beteiligen, und für die anderen Industrieländer kam eine Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt ohne die Teilnahme ihres grossen Bruders gar nicht in Frage.

Die Industrieländer blockieren die Entwicklung

In der Tat sind seit 1980 alle offiziellen Diskussionen über Nord-Süd-Themen abgebrochen worden. In der UN-Vollversammlung, an der UNCTAD VI und an der UNIDO IV hat es keine Verhandlungen mehr gegeben. Auf dem verlängerten Frühlingstreffen des Interims- und Entwicklungskomitees des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank, das 1985 stattfand, wurde diesen Fragen keine ernsthafte Aufmerksamkeit geschenkt. Die Industrieländer boykottierten sogar das Ad-hoc-Komitee für die Überprüfung und Anwendung der UN-Charta über die wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten. Auf dem Gipfeltreffen der sie-

ben grossen Industrieländer wurde den Interessen des armen Teiles der Welt keine grosse Relevanz beigemessen. Manche Berichte behaupten, dass Präsident Mitterrand auf dem Bonner Treffen versucht habe, auf die Folgen der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation für die Armen hinzuweisen. Bekam er viel Unterstützung?

Die entwickelten Länder kontrollieren die Währungsreserven der Welt und beherrschen den internationalen Handel. Trotzdem behandeln sie ihre eigenen wirtschaftlichen Probleme in einer Art und Weise, als lebten sie isoliert von der übrigen Welt. Gleichzeitig werden UN-Institutionen und andere internationale Körperschaften, die nicht von den reichen Ländern kontrolliert werden, untergraben oder direkt attackiert. Bislang waren UNESCO, ILO und UNCTAD am meisten betroffen.

Nachdem mehr als siebenjährige harte und intensive Verhandlungen zur UNO-Seerechtskonvention geführt hatten, weigerten sich zunächst die Vereinigten Staaten und nachher England und die Bundesrepublik Deutschland zu unterschreiben. Sie erheben Einspruch gegen die Internationale Meeresbodenbehörde und gegen die Idee, dass der Reichtum des Ozeans der gesamten Menschheit gehören sollte. Denn bei einem System des ungehinderten freien Unternehmertums können sie diesen Reichtum ausschliesslich für ihre eigenen Interessen verwenden.

Nackte Machtpolitik

Die nackte Machtpolitik zeigt sich ebenfalls in der Behandlung der immer wiederkehrenden Krisen bei der Schuldenerückzahlung. Schulden werden gemacht mittels einer Vereinbarung zwischen Gläubigern und Schuldern – wobei die ersteren die stärkeren sind. Aber die gesamte Verantwortung für dieses Problem wird auf die Schuldner abgewälzt.

Diese Frage ist für die Länder Afrikas von grösstem Interesse, weil sie als Grup-

pe die weltweit höchsten Schulden im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt und zu den Exporten aufweisen. Eine vorsichtige Schätzung der gesamten Schuldenlast des Kontinents beläuft sich auf 150 Milliarden Dollar. Davon schuldet das Afrika südlich der Sahara – der Teil Afrikas, in dem das Pro-Kopf-Einkommen unter 400 Dollar jährlich liegt – ungefähr 90 Milliarden Dollar. Es hat jetzt Verbindlichkeiten von ungefähr 12 Milliarden Dollar jährlich allein für die langfristigen Schulden – was die Zahlung für Verzugszinsen, Lieferantenkredite und die IWF-Rückzahlungen nicht mit einschliesst.

Was das Afrika südlich der Sahara jetzt als Schuldendienst zu bezahlen sich bemüht, ist sehr viel mehr als die ganze Hungerhilfe, die das Gebiet bekommt. Und die Wirkung von freiwilligen Hilfsprogrammen wird dadurch weitgehend zunichte gemacht.

Ausserdem haben die armen Länder keinen Einfluss darauf, wie hoch der aktuelle Zinssatz ist – sie sind lediglich darauf verwiesen, ihn zu bezahlen! 1971 betrug der durchschnittliche Zinssatz für afrikanische Länder 4,2 Prozent; 1981 war er bereits auf 10,1 Prozent gestiegen und steigt seitdem weiter. Manche der heutigen Schulden entstanden dadurch, dass Geld zu höheren Zinsen geliehen wurde, um alte Schulden zu tilgen oder umzuschulden.

Wenn ein verschuldetes Land mehr Zeit oder weitere Anleihen braucht, um irgendeine Rückzahlungsverpflichtung einzuhalten, sieht es sich einem Gläubigerkartell gegenüber. Ganz allein muss es allen seinen Gläubigern gegenüberstehen; üblicherweise behandeln sie das Problem solange nicht, bis das Schuldnerland eine Vereinbarung mit dem Internationalen Währungsfonds abgeschlossen hat, dessen Bedingungen es akzeptieren muss. Und die Entscheidungsfindung im IWF wird praktisch von fünf grösseren Industrienationen kontrolliert; in einigen Fällen können die USA

allein ein Veto gegen eine Entscheidung aller anderen Mitglieder einlegen. Der IWF wird als politisches Kontrollinstrument über die Wirtschaft armer Länder gebraucht; für eine Kontrolle, die die meisten entwickelten Länder nicht selbst ausüben würden, ohne sich zu schämen.

Sogar das ursprüngliche Konzept der Entwicklungshilfe sowie die Höhe der Mittel werden angegriffen. In den letzten Jahren hat sich die offizielle Entwicklungshilfe im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt der entwickelten Länder verringert, und zwischen 1981 und 1983 hat sogar der Betrag abgenommen. Schlimmer noch, ihre Bewilligung wird zunehmend auf politischem Hintergrund vorgenommen; nicht auf der Basis von Bedürftigkeit oder der Wirkung für den erklärten Zweck. Multilaterale Hilfe von UN-Instituten, die als Kontrollinstrument für politische Zwecke beschränkt anwendbar ist, nimmt real ab. Die siebente Erneuerung der Mittel der IDA (International Development Association) war im Nennwert 25 Prozent, real sogar 40 Prozent niedriger als die sechste drei Jahre vorher. Und obwohl die Effektivität dieser Hilfen zur Hebung der Produktivität bei Kleinbauern in Entwicklungsländern gelobt wird, will man das Budget des IFAD (Internationaler Agrarentwicklungsfonds) bei der zweiten Vorlage um 40 Prozent des Nennwerts kürzen.

Die bilaterale Hilfe vieler Länder dient heutzutage ganz offen politischen Zwecken. Manchmal wird sie davon abhängig gemacht, ob das betreffende Land eine bestimmte Ideologie verfolgt, oder von Vereinbarungen mit dem IWF. Es hat Fälle gegeben, wo eine Zahlung gekürzt wurde, weil der Empfänger in den Augen des Spenders in der UNO nicht richtig abstimmte.

Es ist zweifellos nötig, den Ertrag und die Produktivität in den Entwicklungsländern zu steigern – genau das bedeutet wirtschaftliche Entwicklung! Und man hat heute in Afrika erkannt, dass dem

Agrarsektor Priorität eingeräumt werden muss. Unser Problem ist, ob wir uns im Hinblick auf ständig wiederkehrende nationale Katastrophen, aussenwirtschaftliche Schocks, verfügbare Ressourcen und Devisenmangel überhaupt schneller entwickeln können. Das grundlegende Handicap für die Landwirtschaft der meisten afrikanischen Staaten liegt in der technologischen Rückständigkeit der Bauern und den primitiven Werkzeugen, die ihnen zur Verfügung stehen. Sogar die Versorgung mit Pflügen für Zugtiere erfordert von uns Importe, die wir nicht finanzieren können, und auch Zeit, um die Bauern damit vertraut zu machen. Und es gibt keine Wunder in der Landwirtschaft, insbesondere in der tropischen Landwirtschaft mit ihren Pflanzenkrankheiten, Insektenplagen und unzuverlässigen Regenfällen.

Unsere Anstrengungen sind umsonst

Unsere Erfahrung zwingt uns auch zu der Frage, was eine Ertragssteigerung von agrarischen Exportprodukten zur Folge hätte. Wenn zum Beispiel alle afrikanischen Baumwollproduzenten ihre Produktion erfolgreich steigern würden, dann wäre das erste Ergebnis wahrscheinlich ein Preiskollaps und eine Minderung der Einnahmen für den einzelnen Baumwollproduzenten. Der Markt für landwirtschaftliche Rohstoffe ist unelastisch; die Gesamtnachfrage hängt stärker von den wirtschaftlichen Bedingungen der entwickelten Länder ab als von irgendeinem anderen Faktor. Bei der gegenwärtigen Ertragslage müsste Tansania 1984 mehr als die doppelte Menge Baumwolle gegenüber 1975 produzieren, um ein und denselben Traktor bezahlen zu können. Ausserdem behindert offener und verdeckter Protektionismus die Dritte Welt in ihren Möglichkeiten, ausländische Devisen für landwirtschaftliche Rohprodukte und, in noch grösserem Ausmass, für verarbeitete landwirtschaftliche Produkte zu erhalten. Europas gemeinsame Agrarpolitik, die zum

Beispiel die Zuckerrübenproduktion subventioniert, beeinträchtigt das Exporteinkommen der Dritten Welt; wie auch das Multi-Faser-Abkommen für das Exporteinkommen Tansanias von Bedeutung ist

Darüber hinaus hängt ein höherer Ertrag in der Landwirtschaft nicht nur von direkten Investitionen auf dem Land ab. Er setzt Investitionen im Transportsektor, in der Werkzeugproduktion und in Reparaturwerkstätten ebenso voraus wie im Kommunikations-, Bildungs- und Gesundheitswesen – denn ein kranker Bauer kann nicht arbeiten. Diese Umstände machen für uns Importwaren notwendig. Wir stehen erneut einem Mangel an ausländischen Devisen gegenüber, und dieser Devisenmangel setzt unsere Wirtschaft unter Druck, denn unser Wirtschaftssystem ist extrem importabhängig.

Wie viele Geschäftsleute überlegen sich ernsthaft, in einem Land zu investieren, wo Elektrizitäts- und Wasserversorgung sowie Transportmittel selten und unzuverlässig sind und wo sie Schwierigkeiten haben, Devisen zu erwirtschaften, wenn der Betrieb tatsächlich in Gang kommt. Es sind nur wenige Firmen, die dies tun, ohne das Land oder dessen Volk auszubeuten. Das ist nicht überraschend. Sogar Europa macht zur Zeit die Erfahrung, dass seine Unternehmer das Kapital lieber in die USA transferieren, statt es zu Hause zu investieren. Und ein amerikanischer Geschäftsmann soll gesagt haben, das Ziel sei nicht, die Politiker zufriedenzustellen, sondern Profit zu machen.

Die Rolle des Internationalen Währungsfonds

Ausserdem werden die armen Länder gezwungen, sich zur Lösung ihrer Probleme an den IWF zu wenden. Betrachtet man ausschliesslich die Verfassung des IWF, so erscheint diese vernünftig. Sein erklärtes Ziel ist «die Förderung und Erhaltung eines hohen Beschäfti-

gungsgrades sowie die Steigerung des Realeinkommens und die Entfaltung von Produktivkräften bei allen seinen Mitgliedern».

Der IWF ist jedoch ganz offensichtlich nicht in der Lage, diese Ziele zu erreichen. Sonst hätte er auch nach 1981 noch Sonderziehungsrechte (SZR) gewährt, als die Zahlungsunfähigkeit vieler IWF-Mitglieder sich bereits überdeutlich zeigte. Es ist wirklich nicht zu verstehen, warum der IWF sich weigert, einen Zusammenhang zwischen den SZR und der Entwicklung zu sehen. Anstatt einem armen Land mit einer unausgeglichene Zahlungsbilanz zu helfen, macht der IWF die Situation häufig noch schlimmer. Seine Kredite haben eine kurze Laufzeit, und es ist bekannt, dass Länder, die das Geld bekommen, keine anderen Kredite zu höheren oder gleichwertigen Zinssätzen aufnehmen dürfen. Ausserdem sind die Rückzahlungsbedingungen sehr streng.

Im traditionellen Afrika gab es Medizinmänner, die alle Patienten, ob sie an Unterernährung oder Fettleibigkeit litten, zu Ader liessen. Die wirtschaftlichen Medizinmänner, insbesondere die, die heute in die Dritte Welt kommen, scheinen nicht viel klüger zu sein. Sie empfehlen allen Ländern, die Schwierigkeiten haben, das Rezept der Deflationspolitik, und das heisst: die Währung sofort und erheblich abzuwerten, den Export auszuweiten und die Importe zu reduzieren, staatliche Ausgaben zu kürzen und öffentliche Einnahmen zu steigern – ohne Rücksicht auf gesellschaftliche oder wirtschaftliche Konsequenzen –, den Zinssatz heraufzusetzen, alle Subventionen abzubauen, Löhne einzufrieren und den Import zu liberalisieren.

Dies wäre vielleicht ein angemessenes Rezept für die USA oder für die Mitglieder der EG; das kann ich nicht beurteilen. Sicherlich waren diese Hilfsmittel ursprünglich für deren Krankheiten gedacht. Länder wie Brasilien, Mexiko, Marokko, Sudan, Ghana oder Tansania

jedoch brauchen eine Injektion von Ressourcen und keinen Aderlass!

Und wenn diese Drittweltländer das Rezept doch akzeptieren, werden die zusätzlichen Mittel, die sie erhalten, es ihnen bestenfalls ermöglichen, ihrem Schuldendienst nachzukommen. Indem alle anderen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Erwägungen dem Ziel, den Export zu erhöhen und den Import zu reduzieren, untergeordnet wurden, haben 1983 Brasilien eine positive Handelsbilanz in Höhe von 12,6 Milliarden Dollar, Mexiko und Argentinien von 13,5 und 4,4 Milliarden Dollar erreicht. Aber diese Handelsüberschüsse wurden ausschliesslich dafür verwendet, Zinsen zu zahlen; weder das Volk noch die Wirtschaft zogen daraus Nutzen. Die wirtschaftlichen Ärzte machten sich darüber keine Sorgen; die Bezahlung des Schuldendienstes war für sie der Sinn der Sache. Aber vernünftige Leute im wirtschaftlichen Norden sollten nicht überrascht sein, wenn vernünftige Patienten des wirtschaftlichen Südens die Kompetenz jener Medizinmänner bestreiten und dieses Rezept ablehnen.

Und sollte ein Drittweltland all die unwiderruflichen Schritte unternehmen, die der IWF verlangt, und auch die wahrscheinlichen innenpolitischen Unruhen überleben, könnten die versprochenen Mittel nach drei bis sechs Monaten trotzdem gestrichen werden, wenn das Land die gesetzten wirtschaftlichen Ziele nicht erreichen würde. Dies geschieht ohne Rücksicht auf Ereignisse, auf die das Land selber keinen Einfluss hat. So wurde zum Beispiel ein Vertrag mit Tansania 1980 nach weniger als drei Monaten plötzlich aufgekündigt, weil ein erwarteter Kredit der Weltbank in diesem Zeitraum nicht eingetroffen ist und der Exportpreis für Kaffee zusammenbrach. Seitdem versuchen wir vergebens, eine neue Vereinbarung zu treffen. In der Zwischenzeit, in einer Phase des Preisverfalles und hoher Zahlungsbilanzdefizite, hat Tansania dem IWF Zahlungen

in Höhe von 48,2 Millionen SZR geleistet, nur um die fruchtlose Diskussion in Gang zu halten.

Eine neue Politik ist nötig

Ich bin der Meinung, dass die Länder dieser Welt sich auch jetzt mit den Ungerechtigkeiten und Gefahren der derzeitigen wirtschaftlichen Situation auseinandersetzen könnten und sollten.

Die Länder des wirtschaftlichen Südens – einschliesslich Afrikas – haben die Pflicht, die politischen Fehler der Vergangenheit zu korrigieren. Wir müssen so schnell wie möglich unsere Wirtschaftssysteme umstellen, dass sie weniger importabhängig werden. Von besonderer Bedeutung für meinen eigenen Kontinent ist es dabei, die landwirtschaftliche Entwicklung, insbesondere die Lebensmittelproduktion, zur Grundlage unserer Planung zu machen.

Zum zweiten sind wir dafür verantwortlich, die Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern zu verstärken, sowohl innerhalb jeder Region, als auch zwischen den Ländern des Südens. Dies ist einerseits notwendig, um bei den wenigen Ressourcen, die wir besitzen, ein Höchstmass an Nutzen zu erzielen – zum Beispiel durch gemeinsame Forschung, durch gemeinsame Unternehmungen und durch die Mechanismen eines gegenseitigen Handels, wenn Wechselkurs-Probleme mit fremden Währungen uns dabei behindern, die gegenseitigen Import-Bedürfnisse zu befriedigen. Andererseits müssen wir dies tun, um unsere ungleiche Position bei Verhandlungen mit den entwickelten Ländern zu stärken, die gegenüber den Ländern des Südens weitgehend wie *eine* Gruppe zu handeln verstehen.

National und innerhalb der Organisation für Afrikanische Einheit sind wir dabei, die dringend notwendige Berichtigung unserer Politik auszuarbeiten und auch auszuführen. Aber für eine erfolgreiche Korrektur unserer Entwicklungsbemühungen benötigen wir Mittel und

brauchen wir Zeit. Sonst gibt es keine Aussicht auf einen geordneten und friedlichen Fortschritt – erst recht nicht unter Achtung der Menschenrechte und der Demokratie.

Es gibt zwei Argumente für die Beendigung der derzeitigen ungeheuren wirtschaftlichen Ungerechtigkeit in der Welt – und sie sind nicht unvereinbar. Das erste basiert auf der Moral. Der Transfer des Reichtums von den Armen zu den Reichen, der das gegenwärtige Handels- und Finanzsystem charakterisiert, ist unmoralisch. Er ist international genauso unmoralisch wie innerhalb der Nationen – und es gibt heute wenige zivilisierte Länder, die nicht durch Gesetze versuchen, den Konsequenzen innerhalb ihrer eigenen Grenzen gegenzusteuern. Es gibt keine Institution auf der Welt, die stark genug wäre, den Wirkungen des derzeitigen internationalen Wirtschaftssystems entgegenzutreten. Niemand der an Gott oder auch nur an die Menschlichkeit glaubt, darf diesen Abfluss von Ressourcen aus den armen in die reichen Länder länger hinnehmen. Unsere Schicksale sind miteinander verstrickt. Nicht einmal die Produktivität des deutschen Arbeiters, so diszipliniert er aus Tradition und von seiner Kultur her sein mag, könnte erreicht werden, ohne einen indirekten Beitrag aus der Dritten Welt.

Der zweite Grund ist das Eigeninteresse der Reichen. Die Armut der Armen ist nicht unbedeutend für das Ausmass der Arbeitslosigkeit in Europa. Ich nehme an, dass einige europäische Arbeiter ihren Arbeitsplatz verloren haben, weil so viele Drittweltländer durch die wachsende Armut dazu gezwungen wurden, ihre Einkäufe in den Ländern der EG zu reduzieren. Es wird angenommen, dass 1/4 der Arbeitsplätze im verarbeitenden Sektor weltweit direkt von der Nachfrage auf dem Weltmarkt abhängen. Und die Entwicklungsländer zusammen beziehen ungefähr 32 Prozent der Importe auf dem Weltmarkt.

Auch die Schulden der Dritten Welt –

einschliesslich Afrikas – sind nicht unbedeutend für die Stabilität der Finanzsysteme, in denen sich europäische und amerikanische Geschäfte abspielen. Wenn sie es wären, dann würde die Drohung eines Zahlungsverzugs durch einen Hauptschuldner (und Afrikas Länder zusammen sind ein Hauptschuldner) nicht die Bankiers und die Regierungen reicher Länder in solch nervöse und ängstliche Aktivität versetzen. Noch weniger hätte sich jemand über meinen Vorschlag geärgert, dass Afrika *fordern* sollte, dass seine Repräsentanten sich – gemeinsam – mit den Kreditgebern zusammensetzen, um faire Bedingungen für die Rückzahlung ihrer Schulden auszuhandeln. Wenn Staatschefs aus Ländern des Südens zu Staatschefs des Nordens sagen: «Bitte, machen Sie es uns ökonomisch und politisch möglich, dass wir Sie bezahlen können», dann bitten sie nicht um Wohltätigkeit. Sie bitten die Kreditgeber um ein ordentliches Geschäftsgebaren.

Drei Sachen sind nötig:

Am dringendsten ist die Notwendigkeit eines zunehmenden Ressourcentransfers in die armen Länder. Für die ärmsten Länder heisst das entweder Zuschüsse oder langfristige Kredite, deren Vergabe weder von politischen Zielen der Geberländer noch von Ideologien bestimmt wird. Sie sollten auf der Basis der Bedürfnisse vergeben werden und dazu dienen, die Grundhindernisse für eine unabhängige Entwicklung zu überwinden.

Zweitens muss ein langfristiges Moratorium der Schuldenzahlungen der ärmeren (nicht nur der am wenigsten entwickelten) Entwicklungsländer stattfinden oder eine langfristige Umschuldung, basierend auf genuinem Respekt zwischen den Schuldnern und den Gebern und der Einführung realistischer Zinssätze. Denn wir brauchen Zeit – viel Zeit – und eine grosse Steigerung der Mittel, um aus der Schulden- und Entwicklungskrise herauszukommen.

Drittens sind Verhandlungen über ei-

ne grundlegende Reform der gegenwärtigen internationalen Wirtschaftsordnung notwendig. Solange es eine solche Reform nicht gibt, wird der Transfer des Reichtums von den Armen zu den Reichen andauern und jegliche positive Wirkung, die von einer erhöhten Hilfeleistung oder einem Schuldenmoratorium ausgehen könnte, ausgehöhlt werden.

Wachsende Konfrontation

Wie ich bereits ausgeführt habe, gehen die gegenwärtigen Tendenzen überhaupt nicht in diese Richtung. Im Gegenteil, es ist schwierig, sich der Schlussfolgerung zu entziehen, dass die westliche Welt im wesentlichen von ganz anderen Vorstellungen ausgeht: dass es genügend Staatschefs in der Dritten Welt gibt, die man in das herrschende System hineinzwingen oder hineinlocken kann, und dass die übrigen – und die Bevölkerung der Dritten Welt – machtlos sind, sich den Interessen der Reichen entgegenzustellen.

Ich glaube nicht, dass angesichts der wachsenden Erbitterung in der Dritten Welt diese Annahme aufrechterhalten werden kann. Ausserdem glaube ich nicht, dass die Wut der Armen niemals zu gemeinsamem und organisiertem Handeln führen wird. Allerdings gebe ich zu, dass dann der Konflikt und das Chaos das wahrscheinlichste unmittelbare Ergebnis sein werden.

Die Nationen und Völker der Dritten Welt können es sich nicht leisten, den Kampf ums Überleben aufzugeben, und sie werden ihren Kampf für Freiheit nicht aufgeben – einschliesslich der Freiheit, einen angemessenen Lohn für ihre Arbeit zu bekommen. Und wir sind nicht völlig machtlos. Alle Schulden sind eine Last. Aber hohe Schulden sind sowohl Last als auch Macht!

Unsere Völker haben für nationale Unabhängigkeit gekämpft, weil sie glaubten, dass das für ihre Menschenwürde und auch für ihren ökonomischen Fortschritt notwendig sei. Sie erkennen in zunehmendem Masse und mit wach-

sender Erbitterung, dass ihre Hoffnungen enttäuscht werden durch externe Kräfte und deren lokale Verbündete. Wenn sich ihre Führer nicht für ihre Frustration verantwortlich fühlen oder keine

Erfolge erzielen, dann werden diese Führer ersetzt werden, auf die eine oder andere Art und Weise. Die Welt wird immer mehr polarisiert werden und immer gefährlicher für jedermann.

Das Dokument

Denkschrift zum UNO-Beitritt der Schweiz

Sicher und zufrieden hinter unseren Grenzen?

Die UNO ist für viele Schweizer heute noch ein fernes, verschwommenes Gebilde. Obwohl sie ihren europäischen Sitz teilweise auch in unserem Land hat, bringen unsere Zeitungen Meldungen über sie meist nur in kleiner Schrift und an versteckten Orten, wobei dies sowohl Ursache wie Folge unserer gleichgültigen Haltung gegenüber den Vereinten Nationen sein mag.

Auf jeden Fall sind viele unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger der Meinung, wir brauchen die UNO nicht, wir seien bisher ohne sie ausgekommen und würden auch in Zukunft unsere Probleme ohne sie lösen können. Sie sind der Ansicht, niemand habe uns in unsere Angelegenheiten dreinzureden. Wie wir mit ausländischen Arbeitern und Asylsuchenden umgehen, sei allein unsere Sache. Erscheinungen wie Arbeitslosigkeit und neue Technologie werde unsere Wirtschaft aus eigener Kraft meistern. Auch das Waldsterben und die Luftverschmutzung könnten wir mit technischen Mitteln allein lösen. So glauben sie und wähen sich hinter unseren Grenzen sicher und zufrieden.

Wer so denkt, hilft mit am Prozess der Erstarrung der Schweiz, der schliesslich zu ihrem Tode führen kann. Er hängt einer Illusion nach: der längst überholten Vorstellung eines von seiner Umwelt unabhängigen Landes. Dabei sind wir doch je länger, desto mehr durch Handel, Wirtschaft, Technik und Politik mit dem Ausland so stark verflochten, dass wir uns aus diesem Geflecht von Beziehungen gar nicht mehr lösen könnten. Ein Zusammenstoss der beiden Grossmächte würde auch uns treffen, die Einstellung der Zahlungen aus der Dritten Welt würde auch unsere Wirtschaft vor schwerste Probleme stellen, und eine Umweltkatastrophe irgendwo auf der Welt könnte leicht auch für die Schweiz verheerende Folgen haben.

Nur Selbstzufriedene und Satte können sich von der internationalen Solidarität distanzieren. Würden wir ihre Haltung übernehmen, so gälten für uns die Worte aus der Bergpredigt: «Wehe euch, ihr Reichen, denn ihre habt euren Trost dahin! Wehe euch, die ihr jetzt satt seid, denn ihr werdet hungern!» (Lukas 6,24f.)

Resignation

Manche Schweizer sehen zwar die grossen Gefahren, die auf uns zukommen: die Irrsinnsrüstung einerseits und den zunehmenden Hunger in der Dritten Welt andererseits. Doch angesichts des Ausmasses der drohenden Katastrophe fühlen sie sich ohnmächtig und hilflos. Sie sehen keine Möglichkeit zum Eingreifen, erwarten nichts von politischer Arbeit, also auch nichts von einem Beitritt zur UNO. Sie ziehen sich zurück auf die Gestaltung ihres persönlichen Lebens und auf eine private Frömmigkeit, die in rein passiver Art alles Heil von einem direkten Eingreifen Gottes erwartet. Eine solche Haltung ist nichts anderes als eine Flucht vor der Verantwortung gegenüber den drängenden Problemen und eine leider weit verbreitete Form von Resignation.

THEOLOGISCHE GRUNDÜBERLEGUNG

Utopie einer friedvollen und gerechten Völkergemeinschaft

Vor dem Sitz der UNO in New York steht eine Plastik mit dem Titel «Schwerter zu Pflugscha-